ANTRAG

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beteiligung und Mitwirkung an der Erarbeitung eines Demokratiefördergesetzes für Mecklenburg-Vorpommern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mit Beschluss vom 10. April 2025 hat der Landtag die Landesregierung dazu aufgefordert, „ein Landesdemokratiefördergesetz zu erarbeiten und in den Landtag einzubringen“. Mit einem Landesdemokratiefördergesetz Mecklenburg-Vorpommern sollen „Projekte und Initiativen zur Stärkung der Demokratie unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen auf Bundesebene mit Landesmitteln langfristig“ abgesichert und ausgebaut werden.
2. Zur Stärkung der Demokratie, zur politischen Bildung, zur Prävention jeglicher Form von Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie zur Gestaltung gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe wird das Land künftig auf Grundlage eines ausdrücklichen gesetzlichen Auftrages landeseigene Maßnahmen durchführen sowie Maßnahmen Dritter fördern.
3. Im Rahmen wissenschaftlicher Begleitforschung wurde wiederholt festgestellt, dass Demokratiewerkarbeit insbesondere dann positive Effekte erzielt, wenn sie langfristig und verlässlich angelegt ist. Bisher besteht diese Möglichkeit nicht, denn die Arbeit ist in den meisten Fällen von zeitlich begrenzten Projektfinanzierungen (Modellprojektförderung) abhängig. Zudem sind die Förderzeiträume oft zu kurz, um gute Ansätze und Erkenntnisse aus erfolgreichen Modellprojekten in bereits vorhandene Regelstrukturen, beispielsweise der kommunalen Jugendarbeit oder im Bildungsbereich, zu überführen. Diese Ansätze und Erkenntnisse gehen dann in vielen Fällen verloren. Für einen regelhaften, soliden und begleiteten Wissens- und Erfahrungstransfer sind dauerhafte Strukturen mit institutioneller Absicherung erforderlich.

4. Ziel des Landesdemokratiefördergesetzes für Mecklenburg-Vorpommern ist die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und die damit verbundene längerfristige und zuverlässige Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen und zivilgesellschaftlichen Engagements auf dem Feld der Demokratiestärkung und im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit, Opferberatung und des Empowerments. Bewährte Strukturen und positiv evaluierte Projekte sollen damit über die bisher zeitlich begrenzten Programm- und Projektlaufzeiten hinaus gesichert werden können.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. dem Landtag bis zum 15. September 2025 einen Fahrplan für den Erarbeitungsprozess des Landesdemokratiefördergesetzes für Mecklenburg-Vorpommern unter Beteiligung und Mitwirkung der Zivilgesellschaft vorzulegen. In dem Fahrplan zur Erarbeitung des Gesetzes sind insbesondere darzulegen:
 - a) der zeitliche Rahmen und der inhaltliche Ablauf des Prozesses, beginnend mit einer Art „Grundlagenermittlung“ in Fachrunden mit zivilgesellschaftlichen Trägerinnen/Trägern, Projekten, Initiativen, Politik und Verwaltung, sodann die Verzahnung des Landesdemokratiefördergesetzes mit dem Landesprogramm „Demokratie und Toleranz gemeinsam stärken“, dem Integrations- und Teilhabegesetz und anderen bestehenden Programmen und Regelungen, des Weiteren der Konsultationsprozess zur Vorbereitung eines Referentinnen-/Referentenentwurfes, Anhörungen, Zielgruppenwerkstätten etc. bis hin zur Verbändeanhörung und
 - b) das Konzept für Beteiligung und Mitwirkung der Zivilgesellschaft in den verschiedenen Phasen des Erarbeitungsprozesses, um sicherzustellen, dass Expertise und Erfahrungswissen im Sinne von Qualität und Praxisorientierung angemessen in den Gesetzgebungsprozess einbezogen werden.
2. im Doppelhaushalt für die Jahre 2026/2027 zusätzliche Mittel für die Umsetzung des Landesdemokratiefördergesetzes und damit eine langfristige und verlässliche Demokratieförderung einzuplanen.

Constanze Oehlich und Fraktion

Begründung:

Demokratiefeindlichkeit, Rassismus, Sexismus, Vielfaltsfeindlichkeit und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind in der Gesellschaft immer weiter verbreitet. Umso wichtiger sind zivilgesellschaftliche Projekte und Organisationen, die präventiv arbeiten und vor Ort demokratische Gegenangebote ermöglichen. Ihre Arbeit hat sich in Mecklenburg-Vorpommern seit vielen Jahren bewährt und sie haben für die demokratische Gesellschaft unverzichtbare Funktionen übernommen.

Zivilgesellschaftliche Projekte und Organisationen tragen zur Stärkung der politischen Partizipation und Willensbildung sowie des sozialen Zusammenhalts bei, ermöglichen und fördern organisierte Selbsthilfe und Solidarität, bringen innovative und relevante Perspektiven in den politischen Diskurs und bilden trotz aller Widrigkeiten mittlerweile eine nicht mehr wegzudenkende Demokratie-Infrastruktur.

Diese gilt es zu erhalten, zu schützen, zu fördern und nachhaltig zu stärken. Darüber hinaus gilt es, zivilgesellschaftliche Organisationen nicht nur finanziell dauerhaft und nachhaltig abzusichern, sondern auch vor verbalen Hassattacken oder gar tätlichen Angriffen sowie politischer Kriminalisierung zu schützen und damit der Problematik der „shrinking spaces“ für NGOs, also einer zunehmenden Einschränkung zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume, entgegenzuwirken.

Das Demokratiefördergesetz für Mecklenburg-Vorpommern hat zum Ziel, die zivilgesellschaftliche Arbeit zur Demokratiestärkung langfristig und nachhaltig zu fördern.

Mit Blick auf die Erarbeitung eines Demokratiefördergesetzes für das Land Mecklenburg-Vorpommern liegt es in der Natur der Sache, dass es gemeinsam mit den Akteurinnen/Akteuren entwickelt wird, die die demokratische Kultur des Landes mit ihren Projekten, Angeboten, Initiativen und Forderungen an die Politik fördern.